

Bericht von der 7. Beiratssitzung:

## Bunkerperspektive?

Zunächst stand die Frage im Raum, welche Beiratsmitglieder am 4. Dezember um 17:00 (Raum 151) bei der öffentlichen Sitzung des Kulturausschusses der Bürgerschaft offiziell den Beirat vertreten sollen und damit ein Anhörungs- und Rederecht haben. Uns wurde mitgeteilt, dass es nur vier Personen sein dürfen, wobei sich der Moderator des Beirates (als solcher ein Vertreter der Kulturbehörde!) schon automatisch als gesetzt ansah, wodurch nur noch drei Beiratsmitglieder zu bestimmen wären. Diese Trickserei wurde jedoch in Frage gestellt und plötzlich war es möglich, doch vier Beiratsmitglieder zu schicken, allerdings weiterhin plus Moderator. Ob die anderen sechs Mitglieder des Beirates bei der Anhörung auch ein Rederecht bekommen können blieb offen, dass müsste auf der Kulturausschusssitzung beantragt werden.

Danach stand die Ausschreibung für eine künstlerische Installation vor der Buchhandlung auf der Tagesordnung. Das Interessenkundgebungsverfahren läuft, bisher wurden 47 Künstler\*innen eingeladen, sich zu bewerben, in der zweiten Januarwoche werden dann 12 bis 15 davon aufgefordert, Entwürfe zu erstellen und vorzulegen. Eine Auswahlkommission wird dann eine Entscheidung treffen und ein Preisgericht die besten Entwürfe prämiieren. Das Büro Luchterhand, Hamburg, wurde mit der Durchführung des ganzen Prozesses beauftragt.

Der Vorschlag, ein bereits vorhandenes Kunstwerk der Gruppe „How to Monument“ als Interims-Kunstwerk aufzustellen (eine Vitrine mit der Aufschrift „Gestapo“), wurde vom Moderator mit der Begründung abgelehnt, dass der Punkt nicht auf der Tagesordnung stehe, das könne man auf der nächsten Beiratssitzung diskutieren. Dann wurde von der Kulturbehörde mitgeteilt, dass die beiden Regierungsfractionen der Bürgerschaft, SPD und Grüne, eine zusätzliche wissenschaftliche Stelle zur Aufarbeitung und pädagogischen Vermittlung der NS-Zeit schaffen wollen, angegliedert an die KZ-Gedenkstätte Neuengamme und finanziert aus Steuermitteln. Anders, als es noch auf der Tagung der Geschichtswerkstätten anklang, soll diese unbefristete Stelle nicht an den „Geschichtsort“ gebunden sein und ausdrücklich nicht dazu dienen, Quantum von der Verpflichtung für den dauerhaften Betrieb des „Geschichtsortes“ zu entbinden. Genaueres konnte auch auf Nachfragen, nicht mitgeteilt werden. So bleibt denn unklar, ob diese Entscheidung ein Eingeständnis der Unzulänglichkeit der jetzigen Lösung ist oder nicht. An den räumlichen Verhältnissen ändert sie jedenfalls nichts.

Das schon lange vom Beirat geforderte Spitzengespräch zwischen Kultursenator Brosda und dem Vorstandsvorsitzenden von Quantum, Schmidt und Vertreter\*innen der Ärzteversorgungswerke hat nach Mitteilung der Kulturbehörde inzwischen stattgefunden, allerdings nicht, wie gefordert, mit Beteiligung des Beirates. Das Ergebnis ist entsprechend jämmerlich. Herr Schmidt soll zugestanden haben, dass man einen Raum als Lernort für Schulklassen „gut abbilden“ könne, Besuchergruppen sollten sich rechtzeitig anmelden, dann werde man schon einen leeren Raum finden. Hier herrschte offensichtlich ein völliges Unverständnis über den Charakter eines angemessenen Lernortes vor. Das wäre bei einer Beteiligung von Mitgliedern des Beirates sicher nicht passiert. Ein Lernort ist ein Ort, an dem ausreichende Möglichkeiten für selbständiges Arbeiten vorhanden sind, an dem geforscht und auf ein gut sortiertes Archiv zurückgegriffen werden kann, an dem verschiedene Medien für Präsentationen und Vorträge fest installiert sind.

Ebenfalls ohne Einbeziehung des Beirates fand, nach Mitteilung der Kulturbehörde, eine „lunch and learn“-Veranstaltung von zwei in den Stadthöfen ansässigen Unternehmen statt, denen bei der Unterzeichnung ihrer Verträge nicht klar gewesen sei, welche Vorgeschichte mit diesem Gebäudekomplex verbunden ist. Aufmerksam geworden sind sie möglicherweise durch die Mahnwachen der Initiative. An der Veranstaltung sollen etwa 100 Menschen teilgenommen haben.

Interessant wurde es dann noch einmal bei der Frage, ob der ehemalige Führungsbunker der Polizei, der unter dem Platz mit dem Petersen-Denkmal liegt, für einen möglichen Lernort zur Verfügung steht. Hier sollten eigentlich die Fragen nach der Verfügbarkeit und nach den Besitzverhältnissen bis zu dieser Beiratssitzung von der Kulturbehörde geklärt werden, was leider nicht geschehen ist. Trotzdem sollten wir hier am Ball bleiben, denn diese Räume bieten eine mögliche Perspektive, da sie mit ca. 280 Quadratmetern und vielen kleinen und großen Räumen sehr viele Gestaltungsmöglichkeiten bieten. Es gibt zwei Zugänge, einer vom Görtz'schen Palais aus. Diese Räume sind authentisch, am originalen Ort und sind nicht Bestandteil der privatisierten Stadthöfe. Wie es momentan dort aussieht und in welchem Zustand der Bunker ist, ist nicht bekannt.

Am Ende lehnten fünf Beiratsmitglieder es ab, die Gestaltungsvorschläge für eine Ausstellung auf der zu kleinen Restfläche im „Geschichtsort“ zu diskutieren, woraufhin die Sitzung abgebrochen wurde.

Le, 28.11.2018